



DIALOG

INNOVATION UND GESELLSCHAFT

BILDUNGSPOLITIK FÜR NIEDERSACHSEN

GLEICHE LEBENSCHANCEN FÜR ALLE DURCH BESSERE BILDUNG

Dialogpapier „Bildungspolitik für Niedersachsen“

Gleiche Lebenschancen für alle durch bessere Bildung

1 *„Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst*
2 *und vor allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und*
3 *Familien stärken. Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft.“*
4 *Hamburger Grundsatzprogramm 2007*

5

6 **Unsere übergreifenden bildungspolitischen Ziele**

7 Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Chancengleichheit für alle Kinder das Ziel ih-
8 rer Bildungspolitik. Ein hoher Bildungsstand der Gesellschaft ist die beste Voraussetzung für die gute
9 wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Beide Ziele, die Eröffnung einer gesicherten Zukunftspers-
10 spektive für jeden Einzelnen und die Entwicklung einer konkurrenzfähigen und innovativen Wirt-
11 schaft betreiben wir mit allem Nachdruck. In unserer Bildungspolitik treffen sie sich wie die zwei Sei-
12 ten einer Medaille.

13 Die Ergebnisse der letzten PISA-Studie von 2009 zeigen den engen Zusammenhang zwischen den
14 Schulleistungen der Schülerinnen und Schülern, ihrem sozialen Hintergrund und der Qualität der
15 Schulen. Die Zugangsmöglichkeiten zu allen Bildungsabschlüssen sind zwischen Stadt und Land im-
16 mer noch ungleich verteilt.

17 Niedersachsen muss die Bildungspotenziale aller Kinder und Jugendlichen besser fördern und das
18 Bildungsgefälle abbauen. Dazu bedarf es einer Verbesserung der Qualität von Schule und einer inten-
19 siven Förderung zum Ausgleichen der durch den sozialen Hintergrund gehemmten individuellen
20 Lernpotenziale.

21

22 **Unsere Startbedingungen**

23 Obwohl sich Niedersachsens Schülerinnen und Schüler im Bundesvergleich mit ihren Leistungen nicht
24 verstecken müssen, verhindert die Schulstruktur stärker als in anderen Bundesländern die Durchläs-
25 sigkeit zwischen den Bildungswegen. Fast zwölfmal mehr Kinder müssen die Schulform abwärts
26 wechseln als umgekehrt. Am unteren Ende im Bundesvergleich rangiert Niedersachsen auch bei der
27 Realisierung von Chancengleichheit. Die Chance eines Kindes aus oberen Sozialschichten, das Gym-
28 nasium zu besuchen, ist 5,8-mal höher als die eines Kindes aus unteren sozialen Schichten. Fast 2
29 Prozent weniger junge Erwachsene erreichen die Hochschulreife als im Bundesschnitt, der bei 49
30 Prozent liegt. Noch dramatischer ist die Relation beim Übergang in das Duale System. Im Bundes-
31 durchschnitt erhalten 41,5 Prozent der Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss einen Ausbil-

32 dungsplatz, in Niedersachsen sind es dagegen nur 34,8 Prozent. (Quelle: Bertelsmann Stiftung, Chan-
33 censpiegel, Studie aus 03/2012)

34

35 **Unser Weg**

36 Reformen im Bildungsbereich sind sehr personal- und kostenintensiv und die Spielräume im Landes-
37 haushalt sind eng. Wir werden davor nicht kapitulieren. Wir sind uns dabei bewusst, dass Bildungs-
38 ausgaben Investitionen in die Zukunft sind. Die Bildungsausgaben von heute reduzieren morgen die
39 Ausgaben im sozialen Bereich und sorgen für eine innovative Gesellschaft. Deshalb werden wir alles
40 tun, um mehr Geld für Bildung einzusetzen. Knappe Mittel sind für uns kein Finanzvorbehalt, sondern
41 eine Herausforderung.

42 Wir werden bei sinkenden Schülerzahlen keine Gelder aus dem Bildungsbereich abziehen, sondern
43 diese für eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung unserer Bildungseinrichtungen nutzen.

44 Auf der Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass über Steuermehreinnahmen die Spiel-
45 räume im Landeshaushalt größer werden – und wir sagen fest zu, dass wir einen Teil dieser Mittel in
46 Bildung investieren werden. Auch die Aufhebung des Kooperationsverbotes gehört zu den Zielen, die
47 wir auf Bundesebene verfolgen werden.

48 Trotzdem wird es nicht möglich sein, alle Mittel für die notwendigen Bildungsreformen sofort zu ak-
49 tivieren und so alle von uns angestrebten Reformen umzusetzen. Deshalb werden wir mit allen betei-
50 ligten Akteuren des Bildungsbereiches in einen offenen Dialog eintreten und einen „Stufenplan für
51 bessere Bildung“ erarbeiten. Bei widerstreitenden Interessenlagen der Beteiligten steht die Politik in
52 der Verantwortung zu entscheiden, welche Maßnahmen prioritär umgesetzt werden.

53

54 **I. Frühkindliche Bildung – Bildung von Anfang an**

55 Die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und mehr Chancengleichheit werden schon in
56 den ersten Lebensjahren gelegt. Eine frühe intensive Förderung ist der Türöffner für eine erfolgreiche
57 spätere Bildungslaufbahn.

58 Niedersachsen liegt mit einer Versorgungsquote von 19,1 Prozent für Kinder unter drei Jahren im
59 Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz. Um den Rechtsanspruch sicherzustellen, ist es notwendig,
60 flächendeckend ausreichend Krippenplätze zu schaffen.

61

62 Quantität allein reicht jedoch nicht, wir brauchen auch mehr Qualität. Damit unsere Krippen und
63 Kindergärten noch bessere Bildungseinrichtungen werden, wird eine von der SPD geführte Landesre-
64 gierung folgende Schwerpunkte setzen:

- 65 • Den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren,
- 66 • den Personalschlüssel in Krippen verbessern,

- 67 • Verfügungsstunden für das Personal erhöhen,
- 68 • Gruppengrößen in den Kindertagesstätten für die Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren,
- 69 • Inklusion auch für die frühkindliche Bildung einführen.

70

71 **II. Gute Schule – gute Bildung**

72 Für die SPD-Niedersachsen geht es um die Gestaltung der individuellen Bildungschancen der Kinder –
73 die auch immer Teilhabechancen sind – so, dass sich die prekäre Situation der mit hohem Risiko be-
74 hafteten Kinder verbessert. Es geht uns aber auch darum, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu
75 gestalten und damit eine Antwort auf den demografischen Wandel zu geben. Auf dieser Grundlage
76 haben wir Vorstellungen erarbeitet, wie eine „Gute Schule“ aussehen muss.

77

78 **Grundschulen**

79 Die Grundschulen sind das Fundament einer guten schulischen Bildung.

80 Versäumnisse der CDU/FDP-Landesregierung in den letzten zehn Jahren sind:

- 81 - Wegfall der Orientierungsstufe und damit Auslesedruck bis in die dritten Klassen wegen der
82 Schullaufbahnpflichtempfehlung,
- 83 - Vorziehen des Einschulungsalters ohne adäquate Unterstützung für die Schulen,
- 84 - ständig steigender Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ohne entsprechende För-
85 dermaßnahmen für Problemstandorte,
- 86 - Schulleitungsüberlastung.

87

88 Maßnahmen der SPD:

- 89 - Die Grundschulen stehen an vorderster Stelle bei der Einführung qualitativ hochwertiger
90 Ganztagschulen,
- 91 - Evaluation der Sprachförderung und diese soweit erforderlich anpassen,
- 92 - Dialog über ein Konzept, wie die Sicherung der Schulqualität in Zeiten zurückgehender Schü-
93 llerzahlen gesichert werden kann mit folgenden Punkten:
 - 94 ○ Bei der Zusammenlegung kleiner Schulen bleiben die Anrechnungsstunden für Schullei-
95 tungen erhalten.
 - 96 ○ Die Lehrersollstunden sollen zu einem bestimmten Anteil als Vertretungsreserve ver-
97 wendet werden für eine Unterrichtsgarantie im vollen Umfang der Stundentafel.
 - 98 ○ Reduktion der Klassenobergrenzen in zusammengelegten Schulen.
 - 99 ○ Investitionsprogramm für Barrierefreiheit für eine inklusive Ganztagsgrundschule als
100 Teilfinanzierungsprogramm für die Schulträger.

- 101 ○ Zusammengelegte Grundschulen sollen bei der Umwandlung in eine Ganztagschule
102 vorrangig berücksichtigt werden.

103

104 **Schulstruktur**

105 Die SPD-Niedersachsen wird Schluss machen mit der starren und mit Verboten arbeitenden Schul-
106 strukturpolitik. Sie möchte, dass die kommunalen Schulträger ein regional angepasstes, flexibles und
107 stabiles Schulangebot vorhalten können, das den Anforderungen an eine hohe Qualität und den de-
108 mografischen Veränderungen entspricht.

109 Wir wollen keinen neuen „Schulstrukturstreit“ entfachen. Deshalb werden wir **keine** Schulform
110 abschaffen. Wir sind überzeugt davon, dass die pädagogischen Konzepte, die Planungen der
111 einzelnen Schulträger und die Elternwünsche vor Ort dazu führen werden, dass es zunehmend nur
112 noch Gymnasien und Gesamtschulen gleichberechtigt nebeneinander geben wird.

113 Für die verschiedenen Schulformen verfolgen wir dabei folgende Ziele:

114

115 **Integrierte Gesamtschulen**

116 Für die Integrierten Gesamtschulen muss die Schlechterstellung und Diskriminierung wieder rück-
117 gängig gemacht werden. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- 118 - Abschaffung der Fünfüzigkeit als Errichtungshürde und stattdessen vierzügige Gesamtschu-
119 len zulassen und in Ausnahmefällen auch dreizügige.
- 120 - Anspruch beim Ganztag für Integrierte Gesamtschulen wieder einführen.
- 121 - Gesamtschulen werden ersetzende Schulform.
- 122 - Das Abitur nach neun Jahren wird an den Gesamtschulen wieder eingeführt.

123

124 **Oberschulen**

125 Da wir keine Schulform abschaffen werden, können die Schulträger, sofern es gewünscht wird, auch
126 Oberschulen einrichten bzw. erhalten. Dies ist dort sinnvoll, wo keine ausreichenden Schülerzahlen
127 an Standorten für Gymnasien oder Gesamtschulen vorhanden sind. Damit kann die Oberschule ins-
128 besondere im ländlich strukturierten und schwach besiedelten Räumen als Schulform der Sekundar-
129 stufe I ohne eine Oberstufe auch mit einer kleinen Zügigkeit weiterführt oder errichtet werden, wenn
130 der Schulträger und die Eltern dies wollen.

131

132 **Gymnasien**

133 Die Gymnasien werden wir aufgrund ihrer hohen Akzeptanz bei den Eltern und Schülern als wichtige
134 Säule der niedersächsischen Schullandschaft erhalten und weiterentwickeln. An den Gymnasien soll
135 die Möglichkeit, das Abitur nach acht Jahren abzulegen, erhalten bleiben. So kann eine flächendec-

136 kende Wahlmöglichkeit über unterschiedliche Geschwindigkeiten bis zum Abitur für Schülerinnen
137 und Schüler zwischen Gesamtschulen und Gymnasien angeboten werden. Wir sehen jedoch die hohe
138 Belastung von Schülerinnen und Schülern. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird daher
139 prüfen, ob die Oberstufe so reformiert werden kann, dass Schülerinnen und Schüler im Kurssystem
140 die Oberstufe in zwei oder drei Jahren durchlaufen können. Mit der sich daraus ergebenden Konse-
141 quenz auf die Verteilung der Stundentafel auf die sechs Jahre der Sekundarstufe I kann die starke
142 Verdichtung dort entzerrt und zugleich eine Anpassung an die individuelle Lerngeschwindigkeit jedes
143 einzelnen Kindes ermöglicht werden.

144

145 **Ganztagsschulen**

146 Das langfristige Ziel einer sozialdemokratischen Landesregierung wird der Ausbau aller Schulen zu
147 echten Ganztagsschulen sein. Angesichts der außerordentlich hohen Kosten von ca. 450 Mio. für eine
148 volle Ausstattung aller Schulen müssen dabei zunächst Prioritäten und ein Stufenplan für den weite-
149 ren Ausbau definiert werden:

150 • Eine sozialdemokratische Landesregierung wird die bestehenden und zukünftigen Integrierten
151 Gesamtschulen zu Ganztagsschulen ausbauen.

152 • Parallel dazu werden vorrangig auch die Grundschulen zu echten Ganztagsschulen ausgebaut.

153

154 Zugleich soll diesen Ganztagsgrundschulen die Aufgabe zugewiesen und ermöglicht werden, in enger
155 Kooperation mit den Horten in ihrem Umfeld eine Kooperation einzugehen. Ziel ist es dabei, für die
156 Eltern die aus beruflichen Gründen eine umfassendere Tagesbetreuung benötigen, ein solches ge-
157 meinsam organisiertes Angebot vorzuhalten.

158

159 Um den Ausbau der Ganztagsschulen im Primarbereich den finanziellen Möglichkeiten des Landes
160 anzupassen und bildungspolitische Schwerpunkte zu setzen, soll der Prioritäten- und Stufenplan auf
161 der Grundlage folgender Leitgedanken erarbeitet werden:

162 • Kleine Grundschulen, die sich mit anderen zusammenlegen, werden vorrangig berücksichtigt.

163 • Gleichzeitig soll auf der Grundlage sozialräumlich erhobener Daten ermittelt werden, welche
164 Schulen besonderen Bedarf an vollwertiger Förderung ermöglichender Ganztagsbetreuung ha-
165 ben. Dies kann z.B. infolge eines hohen Anteils von Schülern mit Migrationshintergrund oder ei-
166 nes im jeweiligen Wohnbereich ermittelten erhöhten Armutsrisikos und daraus resultierender
167 Chancenungleichheit der Fall sein.

168

169

169 **Weitere Elemente einer „Guten Schule“**

170 Ein durchlässiges Schulsystem und eine vollwertige Ganztagschule sind wichtige Elemente einer
171 „Guten Schule“. Aus Sicht der SPD-Niedersachsen müssen noch weitere, die Qualität der Schule ver-
172 bessernde Veränderungen hinzukommen. Dazu gehören für uns:

173

174 • **Ein Beratungs- und Unterstützungssystem durch schulische Sozialarbeit, Schulpsychologie und**
175 **Beratungslehrkräfte**

176 Zu einer „Guten Schule“ gehört auch eine Ausstattung mit ausreichender schulischer Sozialarbeit.

177 Dabei ist schulische Sozialarbeit eine Landesaufgabe. Sie kann und sollte selbstverständlich mit der
178 örtlichen Jugendhilfe kooperieren.

179 Die Verbesserung der Ausstattung von schulischer Sozialarbeit ist eng verbunden mit der Neuerstel-
180 lung eines ganzheitlichen Beratungs- und Unterstützungskonzeptes für Schulen, das auch weitere
181 Schulpsychologen und eine erhöhte Anrechnungstundenzahl für Beratungslehrkräfte vorsieht. Schu-
182 lische Sozialarbeit ist grundsätzlich an allen Schulformen notwendig. Hier ist ein Konzept mit den
183 Trägern der örtlichen Jugendhilfe und den Schulträgern zu erarbeiten, das effizient und schnell Hilfe
184 anbieten und präventiv wirken kann.

185

186 • **Gute Unterrichtsversorgung und kleinere Klassen**

187 Ein wichtiges Element der „Guten Schule“ ist die Sicherung der Unterrichtsversorgung im vollen Um-
188 fang der Stundentafel und die Senkung der Klassenobergrenzen. Dafür sind deutlich mehr Lehrkräfte
189 erforderlich. Daher bedarf es hierfür eines realistischen und finanzierbaren Stufenplanes, der sinnvol-
190 le Schritte hin zu kleineren Klassen festlegt.

191

192 • **Moderne Formen der Leistungsprüfung**

193 Für das Erreichen einer „Guten Schule“ sollte an den weiterführenden Schulen, insbesondere an
194 Gymnasien und Gesamtschulen, die vorgesehene Zahl schriftlicher Klassenarbeiten und Klausuren
195 drastisch reduziert werden. Der althergebrachte Rahmen dieser Prüfungsform – isolierte, schwei-
196 gend verrichtete Einzelarbeit mit völligem Kontaktverbot zu Mitschülerinnen und Mitschülern – ent-
197 spricht nicht mehr den gesellschaftlichen und beruflichen Erfordernissen der Moderne. Heute sind
198 immer mehr Teamwork und kooperative Arbeitsformen gefordert.

199 Deshalb soll die nicht zeitgemäße Belastung für Schülerinnen und Schüler und für die korrigierenden
200 Lehrkräfte beendet werden. Ihr Gewicht für die Gesamtwertung muss drastisch gemindert werden.

201 Andere – längst erprobte – Formen der Leistungsüberprüfung sind für eine „Gute Schule“ höher zu
202 gewichten und können gewinnbringend eingesetzt werden. Dazu gehören z.B. Präsentationen, Pro-
203 jektarbeiten und Teamproduktionen.

204 **Inklusion**

205 Jedes Kind ist einzigartig und muss mit seinen Stärken und Schwächen angenommen und individuell
 206 gefördert werden. – Dies fordert die UN-Menschenrechtskommission und dies entspricht den Über-
 207 zeugungen der SPD-Niedersachsen.

208 Wir werden deshalb den Weg hin zu einer echten Inklusion in unseren Schulen konsequent beschrei-
 209 ten.

210 Dabei wird von allen an Schule Beteiligten eine Kultur des Gelingens gefordert, die sämtliche Kräfte
 211 darauf richtet, die Kinder in ihrem Lernbemühen zu unterstützen – Abschlüssen und Sitzenbleiben
 212 haben im Schulalltag keinen Platz mehr. Auch die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern. Perspek-
 213 tivisch müssen wir deshalb

- 214 • deutlich kleinere Lerngruppen, neue Unterrichtskonzepte und eine andere Lehrkräfteausbildung
- 215 haben,
- 216 • den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung zur Regel machen und
- 217 Unterrichtsräume behindertengerecht ausgestalten,
- 218 • mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen zur Verfügung stellen und die Fort- und Wei-
- 219 terbildung der Lehrkräfte anpassen.

220 Dafür werden wir gemeinsam mit allen Akteuren in der Bildungspolitik einen Aktionsplan erarbeiten
 221 und die schon realisierten Maßnahmen kontinuierlich überprüfen und nachsteuern. Inklusion muss
 222 als dauernder Prozess begriffen werden. Wir werden daher einen „Inklusionsbeirat“ im Kultusmini-
 223 sterium einrichten, um kontinuierlich die – u.a. finanziellen – Auswirkungen des Gesetzes zur Einfüh-
 224 rung der inklusiven Schule zu begleiten.

225

226 **Qualifizierte berufliche Bildung: Schlüssel zu persönlicher Selbstständigkeit und gesellschaftlicher**
 227 **Teilhabe**

228 Berufliche Bildung muss gute Startchancen der Jugendlichen in das Berufsleben garantieren. Sie soll
 229 den steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken und so die Wirtschaft in Niedersachsen
 230 wettbewerbsfähiger machen. Das Ziel der SPD-Niedersachsen ist es deshalb, für alle jungen Men-
 231 schen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten und gleichzeitig die Möglichkeiten der berufli-
 232 chen Fort- und Weiterbildung auszubauen.

233 Alle Schülerinnen und Schüler müssen nach Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule ausbil-
 234 dungsfähig sein. Der Übergang zur Berufsausbildung muss verbessert werden und abgestimmter
 235 erfolgen. Zugleich müssen Bildungsgänge, die bisher Defizite eines nicht abgestimmten Übergangssy-
 236 stems ausgleichen, so schnell wie möglich entbehrlich werden.

237 Die SPD-Niedersachsen bekennt sich zum Prinzip der dualen Berufsausbildung und wird die Partner-
 238 schaft zur ausbildenden Wirtschaft ausbauen. Wir werden die Bildungsangebote an den Berufsbil-

239 denden Schulen differenzieren und entsprechend den jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und
240 sozialstrukturellen Gegebenheiten gestalten.

241 Deshalb müssen die Möglichkeiten, neben einem Schul- oder Hochschulabschluss einen Ausbildungs-
242 abschluss zu erwerben (sog. „Doppelqualifizierung“), verbessert werden.

243

244 Die SPD-Niedersachsen wird deshalb

- 245 • dafür Sorge tragen, dass die Kooperationen zwischen den Berufsbildenden Schulen und den all-
246 gemeinbildenden Schulen ausgebaut werden,
- 247 • die Bildungsgänge in den Übergangssystemen gezielter und qualitätsorientierter aufeinander ab-
248 stimmen und sie an eine vollqualifizierende Berufsausbildung anschlussfähig machen,
- 249 • in enger Zusammenarbeit mit der ausbildenden Wirtschaft die Berufsbildende Schulen als Quali-
250 tätsstandards garantierende Kompetenzzentren ausbauen,
- 251 • die Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen, dem Erwerb höherer Abschlüsse und
252 eine berufsbezogene Fort- und Weiterbildung ausbauen,
- 253 • ein Berufsabitur einführen.

254

255 III. **Bildungsregionen**

256 Das Instrument der Bildungsregionen muss in Niedersachsen stärker unterstützt und weiterentwic-
257 kelt werden.

258 Mit der Umsetzung von Bildungsregionen soll die Zusammenarbeit aller Institutionen im Bildungsbe-
259 reich verbessert werden. Wie in anderen Regionen Deutschlands und der EU muss Bildung damit zu
260 einem anerkannten regionalpolitischen Thema werden, das die bestehenden Zuständigkeiten auf
261 den verschiedenen Ebenen aufgreift und im Sinne einer verbesserten Zusammenarbeit optimiert. Die
262 jeweiligen Regionalzusammenschlüsse und die Kommunen müssen dabei von Anfang an zwingend
263 einbezogen werden.

264 Ziel der Bildungsregionen ist es, alle Akteure der Region – Anbieter und Nachfrager von Bildung und
265 Qualifizierung sowie die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt- und Sozialpoli-
266 tik – zusammenzuführen, um ein Qualifizierungsnetzwerk zur Verbesserung der Lern- und Ausbil-
267 dungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu knüpfen.

268

269 Hannover, 07. Mai 2012